

Drug Checking wirkt!

Aidshilfe NRW, JES NRW und akzept NRW zum International Drug Checking Day

30. März 2021- Drug Checking wirkt! Darauf weisen Aidshilfe NRW, akzept NRW und JES NRW anlässlich des internationalen Drug Checking Day am 31. März 2021 hin. Trotz positiver Erfahrungen in anderen europäischen Ländern liegt Deutschland hier drogenpolitisch ganz weit hinten. Dabei haben Drug-Checking-Programme gleich mehrere Effekte: neben laboranalytischen Untersuchungen mitgebrachter Substanzen, die Überdosierungen und Vergiftungen vorbeugen, sensibilisieren qualifizierte Beratungen für einen weniger riskanten Drogenkonsum.

Eine jüngst vorgelegte [Studie im Auftrag des Schweizer Bundesamts für Gesundheit](#) belegt eindeutig, dass Drug Checking gesundheitliche Beeinträchtigungen bis hin zu tödlichen Überdosierungen verhindern kann. Zudem werden Personen erreicht, die ohne dieses Angebot nicht den Weg in Drogenberatungsstellen finden.

Allein in der Schweiz, die nicht einmal halb so viele Einwohner*innen hat wie Nordrhein-Westfalen, gibt es stationäre Drug-Checking-Angebote in sieben Städten. Hinzu kommen mobile Angebote, die Beratungen und Analysen beispielsweise auf Festivals durchführen. Weitere Nachbarländer Deutschlands wie Luxemburg, Belgien, die Niederlande, Frankreich und Österreich blicken ebenfalls auf jahrelange positive Erfahrungen mit Drug Checking zurück.

Die Aidshilfe NRW, akzept NRW und JES NRW fordern, dass auf Bundes- und Landesebene dieser drogenpolitische Rückstand endlich aufgeholt wird. Immer noch viel zu viele Menschen sterben aufgrund von Überdosierungen, Mischkonsum und verunreinigten Substanzen. Im vergangenen Jahr wurden bundesweit 1.581 drogenbedingte Todesfälle registriert (+13 Prozent gegenüber 2019), in NRW allein 401 (+37 Prozent). Bundesdrogenbeauftragte Daniela Ludwig spricht sich in Hinblick auf die seit Jahren steigenden Zahlen dafür aus, neue Methoden der Schadensminimierung zu erproben, darunter auch die analysegestützte Beratung (Drug Checking).

Drug Checking ist ein Baustein, um den gesundheitlichen Folgen des Konsums vorzubeugen und Nutzer*innen Botschaften der Schadensminimierung nahezubringen. Hierzu wäre eine einheitliche Regelung des Bundes – analog zur Konsumraum-Verordnung – hilfreich, oder aber eine Förderung von Modellprojekten in den Bundesländern. NRW kann hier vorangehen. Die drei Landesverbände bieten ihre Unterstützung und Gesprächsbereitschaft gegenüber Politik und Verwaltung an.

